

15. März 2020, von Michael Schöfer

Was ist noch notwendig?

"Die Deutsche Bahn wird in den nächsten Tagen ihren Regionalverkehr deutlich einschränken. Damit reagiert das Unternehmen auf die geringe Zahl an Fahrgästen als Folge der Coronavirus-Krise, wie eine Sprecherin sagte. Außerdem würden in den Regionalzügen bis auf weiteres die Fahrkarten nicht mehr kontrolliert. Dies geschehe zum Schutz von Fahrgästen und Mitarbeitern, sagte die Sprecherin", meldet tageschau.de im Liveticker. Und wie sollen jetzt die Berufspendler an ihren Arbeitsplatz kommen? Nicht jeder hat ein Auto zur Verfügung.

2016 kamen dem Statistischen Bundesamt zufolge immerhin 14,5 Prozent der Arbeitnehmer mit dem ÖPNV zur Arbeit (Bus, U-Bahn, Straßenbahn, Eisenbahn, S-Bahn). Ein konkretes Beispiel: Laut dem Pendleratlas der Bundesagentur für Arbeit ist die Situation in Mannheim so: "In der Region Mannheim wohnen 129.112 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Von ihnen pendeln 53.072 oder 41,1% zur Arbeit in einen anderen Kreis (Auspendler). Gleichzeitig pendeln 115.480 Beschäftigte, die in einem anderen Kreis wohnen, zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die Region Mannheim (Einpendler)." Insgesamt gibt es hier 168.552 Pendler, und laut Statistik fahren davon fast 25.000 mit dem ÖPNV (Datenstand Juni 2019). Das sieht in anderen Regionen genauso aus: 2018 gab es in ganz Deutschland 19,3 Mio. Pendler. Legt man den Anteil von 2016 zugrunde, kommt man bundesweit auf 2,8 Mio. Nutzer des ÖPNV.

Die Coronakrise hat die Anzahl der Fahrgäste reduziert. Doch wie viele von denen, die noch fahren, arbeiten in für die Versorgung der Bevölkerung wichtigen Bereichen? Und was sollen sie tun, wenn der ÖPNV seinen Betrieb vielleicht schon bald ganz einstellt? Auch wenn das Land peu à peu in den Notfallmodus versetzt wird, muss ein Mindestmaß an öffentlichen Dienstleistungen aufrechterhalten werden. Andernfalls könnte es nämlich zusammenbrechen. Die Reduzierung des Regionalverkehrs ist eine zusätzliche Belastung für die Bürger und die Wirtschaft. Es gilt daher abzuwägen, ob die gesellschaftlichen Kosten der Bekämpfung einer Krankheit nicht schlimmer sind als die Krankheit selbst. Sollte die Wirtschaft tatsächlich kollabieren, könnte die Gesellschaft einen ungleich höheren Preis zahlen, als ihn das Coronavirus verursacht hätte.